

**An die Angehörigen und SympathisantInnen  
der Kommunistischen Plattform  
der Partei DIE LINKE im Land Brandenburg**

**Landeskoordinierungsrat der  
Kommunistischen Plattform**

Kontakt:

**Klaus Curth**

Telefon: 033846 / 41871

Telefax: 033846 / 41872

e-mail: [utahohfeld@t-online.de](mailto:utahohfeld@t-online.de)

[www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de)

→ Partei → LAG und IG/Plattformen

→ Kommunistische Plattform

Februar 2014

**15. Informationsblatt der KPF Brandenburg**

**EXTRABLATT**

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem 15. Informationsblatt übergibt Euch der Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg ein Diskussionsangebot zu Fragen der strategischen Orientierung unserer Partei als Extrablatt.

Mit diesem Positionspapier, das erneut unter der bewährten Federführung von Genossen Prof. Dr. Herbert Meißner entstanden ist, geben wir unserer Überzeugung Ausdruck, dass die KPF noch stärker als bisher treibende Kraft bei der Erarbeitung einer wissenschaftlich fundierten Analyse der Gesellschaft und bei der Begründung der Strategie und Taktik der Partei DIE LINKE sein muß.

Unsere Partei steht vor neuen und großen Herausforderungen: Europa – Wahl, Kommunalwahlen, Landtagswahlen. Die Partei muß ihre ganze und vereinte Kraft in die politische Wagschale werfen, um ihr Gewicht in der politischen Landschaft zu erhöhen. Dazu sind einheitliche Zielstellung und gemeinsame Aktivität erforderlich.

Gemäß der pluralistischen Verfasstheit der Partei gibt es zu verschiedenen Fragen auch unterschiedliche Positionen.

Daher ist es zu begrüßen, dass unsere beiden Parteivorsitzenden ein Konzept für die Parteientwicklung und für eine strategische Orientierung der Partei DIE LINKE zur Diskussion gestellt haben.

Eine klare Strategie ist für die künftigen Auseinandersetzungen mit unseren politischen Gegnern erforderlich. Dazu bedarf es der Diskussion und Abklärung der in der Partei vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen zu wichtigen Grundfragen.

Auch wenn die bürgerlichen Medien unsere innerparteilichen Diskussionen als Flügelkämpfe und Zerrissenheit diskriminieren, sind sie zur Schärfung des Profils unserer Partei unverzichtbar.

Daher hat sich der Landeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform des Landes Brandenburg entschlossen, mit nachstehendem Positionspapier zu diesem Klärungsprozess beizutragen.

Die Sprecher des LKR

Kommunistische Plattform

in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

### **Zur Frage einer neuen strategischen Orientierung der Partei**

Letztens wird in Büchern, Zeitschriften und in einem Diskussionspapier der beiden Parteivorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping die Frage nach einer neuen Strategie der Partei DIE LINKE aufgeworfen. Die KPF – Brandenburg fühlt sich verpflichtet, an dieser Diskussion teilzunehmen. Schließlich besteht die Existenzberechtigung der KPF als selbständiger Strömung in der Partei darin, auf marxistischer Grundlage einen Beitrag zur Realisierung des Parteiprogramms zu leisten.

Daher kann der Ausgangspunkt für unsere Positionierung zu strategischen Grundfragen zunächst nur das im Oktober 2011 auf dem Parteitag beschlossene und im Dezember 2011 von einem Mitgliederentscheid bestätigte Parteiprogramm sein.

Die an vielen Stellen des Programms formulierte Zielstellung der Partei lautet eindeutig: Überwindung von Ausbeutung, Entrechtung und Entmündigung, also Überwindung des Kapitalismus und der Klassengesellschaft und Errichtung einer neuen demokratisch – sozialistischen Ordnung. Diese Zielstellung wird begleitet von einer klaren marxistischen Kennzeichnung des Wesens der monopolkapitalistischen Herrschaft mit ihren finanzkapitalistischen Ausprägungen und machtpolitischen Herrschaftsmethoden. Das friedenspolitische Ziel als Alleinstellungsmerkmal der Partei besteht in der Forderung nach kategorischer Ablehnung jeglicher Kriegsbeteiligung, Rückzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen, Verbot von Rüstungsexporten und keinerlei Einsatz der Bundeswehr im Innern (mit Ausnahme von Naturkatastrophen).

Es ist sinnvoll, sich dieses Wesen unserer Programmatik zu vergegenwärtigen, weil sich daraus auch die im Programm enthaltene strategische Orientierung ableitet. Sie besteht darin, alle kapitalismuskritischen und antikapitalistischen Kräfte zu einer linken Aktionseinheit zusammenzuführen. Auf diesem Hintergrund sollen Bevölkerungsmehrheiten erreicht werden, um dem Finanzkapital soziale und politische Zugeständnisse zur Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse abzutrotzen und die Macht des Industrie – und Finanzkapitals zurückzudrängen. Bei den dabei auftretenden Auseinandersetzungen ist parlamentarischer Kampf mit außerparlamentarischen Aktionen zu verbinden und Widerstand zu entwickeln von zivilem Ungehorsam bis zum Generalstreik.

Wenn auf diesem Hintergrund die Frage nach einer neuen strategischen Orientierung gestellt wird, ist zu klären, welche Veränderungen seit Erfurt eine neue Strategie erforderlich machen, worin das Neue besteht und wie sich dies zum gültigen Parteiprogramm verhält. Wenn eine neue strategische Orientierung gefordert wird, so sollte dem eine Analyse jener Veränderungen und aktuellen Bedingungen zugrunde liegen, die solch neues Herangehen notwendig machen.

Werfen wir zunächst einen Blick auf das im November 2013 von den beiden Parteivorsitzenden zur Diskussion gestellte „Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE“. Die Autoren wollen, dass in die Debatte „möglichst weite Teile der Partei einbezogen sind“ (S. 7). Sie betonen: „Das vorliegende Konzept ist dazu gedacht, breit in den Gremien der Partei diskutiert zu werden“ (S. 25). Wir – die KPF Brandenburg von DIE LINKE – sind bemüht, dieser Aufforderung zu folgen.

Als erstes ist zu betonen, dass auf diesen 25 Seiten so viel an Gedanken, Vorschlägen, Maßnahmen und Aufgabenstellungen entwickelt wurden, dass es unmöglich ist, dies alles im Detail zu würdigen. Nur einige Aspekte

sollen hervorgehoben werden, die mit Sicherheit die volle Unterstützung der Gesamtpartei erhalten werden.

Funktion und Aufgaben einer demokratisch – sozialistischen linken Partei heute werden (S. 8 -11) überzeugend formuliert. Sie muss „zeigen, dass ihre Politikvorschläge auch heute schon machbar sind, gleichzeitig gehört es gerade zu ihren Aufgaben, deutlich zu machen, dass viele Probleme ihre Wurzeln in der kapitalistischen Produktionsweise haben. Schon deshalb kann der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte und nicht der Maßstab linker Politik sein“ (S.9). Für bedeutsam halten wir die Feststellung, „dass die gesellschaftliche Macht nicht aufs Parlament beschränkt ist. Dort drücken sich Kräfteverhältnisse aus, die in der Gesellschaft bestehen, die Stärke der Unternehmen, wirtschaftliche und Kapitalinteressen wie die der Gegenkräfte. Diese Gegenkräfte können aus dem Parlament heraus behindert oder unterstützt werden, sie können jedoch nicht aus dem Parlament heraus geschaffen werden.“ (S. 7). Hierher gehört auch die Formulierung: „DIE LINKE hat die Aufgabe, politische Orientierung zu geben und im positiven Sinne aufklärerisch zu wirken“ (S. 15).

Völlig zu Recht fordern die Parteivorsitzenden eine Stärkung der Verankerung der Partei in den verschiedenen Arbeits- und Lebensbereichen. Das gilt in erster Linie für die Gewerkschaften und die Betriebsarbeiterschaft. Aber erforderlich ist auch eine verstärkte Intensivierung der kommunalpolitischen Arbeit auf allen Ebenen. Auch für andere gesellschaftliche Bereiche wie Dienstleistungen, Kultur u. a. werden parteipolitische Aufgaben gestellt.

All diese wichtigen und richtigen Aufgabenstellungen schließen nicht aus, dass es auch offene Diskussionspunkte und kritische Fragen gibt. Dabei soll hier nur Wesentliches erwähnt werden.

Es fällt auf, dass auf allen 25 Seiten nicht ein einziges mal das Parteiprogramm als Ausgangspunkt erwähnt wird. Das ist für Parteivorsitzende, die der Partei eine strategische Orientierung geben wollen, höchst erstaunlich. Daher war es sinnvoll, eingangs der hier vorgetragenen Überlegungen das Parteiprogramm in Erinnerung zu rufen. Die im neuen Paper vorgestellten Gedanken betreffen im Wesentlichen Fragen der praktischen Parteipolitik, der Organisationsarbeit, der Kampagnebildung u.a.m. Das ist alles sehr wichtig für die weitere Parteientwicklung. Aber ist es eine neue strategische Orientierung? Und sollte nicht beim weiteren Weg unserer Partei unseren Mitgliedern das Parteiprogramm als Ausgangspunkt vergegenwärtigt bleiben?

Eine weitere Frage entsteht durch die Darlegung der Beziehung zwischen Partei und ihren parlamentarischen Fraktionen auf Bundes- wie auf Landesebene. Es heißt, die Arbeit im Parlament folge „anderen Logiken als die politisch- strategische Planung der Partei“ (S. 14). Wenn damit gemeint ist, dass es sich um verschiedene Arten politischer Tätigkeit handelt, so wäre das natürlich richtig. Problematisch wird es, wenn aus diesen „verschiedenen Logiken“ abgeleitet wird: „Die innerparteiliche Demokratie hat fast ausschließlich Einfluss auf die Gremien der Partei. Hier können die Leitlinien der Politik verhandelt werden.“ Und diese Gremien der Partei, in denen die Leitlinien der Politik erarbeitet werden, sollen „gleichzeitig die Zusammenarbeit mit den Fraktionen intensivieren“. Das bedeutet - auf den Punkt gebracht - , zwei selbständige Organe (Parteiorgane und Parlamentsgremien) folgen unterschiedlichen Logiken und sollen lediglich intensiver zusammenarbeiten. Besteht bei solcher Blickrichtung und bei zunehmendem Gewicht der Partei in den parlamentarischen Gremien – worauf wir alle hinarbeiten – nicht die Gefahr, dass sich die Fraktionen verselbständigen, dass sie ihrer eigenen Logik folgen statt den Leitlinien der Partei. Die Parteigeschichte zeigt, dass diese Gefahr dann besonders real ist, wenn parlamen-

tarische Erfolge dazu verführen, dass die Fraktion ihrer eigenen Logik folgt. Daher forderte August Bebel auf dem Parteitag der SPD 1903 in Dresden: „Wir werden mehr als bisher die Partei aufrufen müssen, damit sie Entscheidungen über die Taktik der Fraktion trifft“. Ob dem gegenüber der Begriff der „Zusammenarbeit“ ausreichend ist, darf bezweifelt werden. Sollte der Blick nicht darauf gerichtet werden, dass die leitenden Parteigremien und ihre parlamentarischen Akteure gemeinsam sowohl die Linien der Parteilinie sowie ihrer parlamentarischen Realisierung erarbeiten? Dabei sollte gemäß der innerparteilichen Demokratie selbstverständlich sein, dass sich alle betreffenden Funktionäre an die Mehrheitsbeschlüsse der leitenden Parteigremien halten.

Es fällt auf, dass in dem Konzept außerordentlich häufig der Begriff „Transformation der Gesellschaft“ oder „Transformation zum demokratischen Sozialismus“ oder „Transformationspfad „ und ähnlich gebraucht wird (S. 7, 9, 12, 16, 19, 21, 22, 24). Damit stellt sich die Gedankenverbindung her zu jenen Publikationen, in denen das „Konzept einer doppelten Transformation“ entwickelt wurde. Wir beziehen uns dabei auf den Artikel von Michael Brie und Dieter Klein „Das Richtige und das Notwendige“ im ND vom 30. 12. 2013 oder die Rezension des Buches von Dieter Klein „Das Morgen tanzt im Heute“ im ND vom 10. 10. 2013 von Rolf Reißig. Im Beitrag von Brie/Klein heißt es ebenfalls, die „LINKE braucht ein neues strategisches Fundament“ und als solches könnte sich „das Konzept einer doppelten Transformation ... erweisen.“

Die doppelte Transformation beinhaltet zum ersten gesellschaftliche Umgestaltungen innerhalb des bestehenden Systems und zweitens Veränderungen über den Kapitalismus hinaus, also eine Transformation zum Sozialismus.

Im Hinblick auf den ersten Teil dieser Transformationsvorstellung ist voll zu unterstützen, was gesagt wird über das Wesen und die Funktionsweise des

heutigen Finanzkapitalismus, über die Notwendigkeit des konsequenten Kampfes dagegen und über das unverzichtbare Erfordernis einer weit gespannten Bündnispolitik.

Ob die dabei angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen bezeichnet werden als soziale Reformen, als Zurückdrängung der Profitdominanz, als viele kleine und große Reformschritte mit Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe (Parteiprogramm) oder eben als Transformation, sollte keine Begriffsdiskussion heraufbeschwören.

Dagegen muss jedoch bezweifelt werden, dass auf diesem Wege Chancen dafür eröffnet werden, gesamtgesellschaftlich „dem Gemeinwohl den Vorrang vor dem Profit zu geben“ (ND wie oben). Dieser Zweifel wird verstärkt, wenn gewissermaßen als zweiter Teil der doppelten Transformation erwartet wird: „... dies kann zu einem Einstieg werden, der über den Kapitalismus hinaus weist“. Und noch konkreter heißt es im Strategiepapier der beiden Parteivorsitzenden, es gehe um eine „Transformation zum demokratischen Sozialismus (S. 9). Der Partei wird also eine strategische Linie angetragen, nach welcher durch ständige Ausbreitung, Vertiefung und Erweiterung von Wirtschaftsdemokratie, Genossenschaftswesen, Kommunaleigentum usw. eine allmähliche Transformation in den Sozialismus stattfindet. Über diese Problematik hat bereits Rosa Luxemburg mit Eduard Bernstein in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution?“ gestritten. Und August Bebel hat auf dem Parteitag der SPD am 17. September 1903 in Dresden die Partei gewarnt vor dem Schaden, den Revisionismus und Reformismus anrichten. Er sagte: „Er zersplittert unsere Kräfte, er hemmt unsere Entwicklung, er zwingt uns zur Uneinigkeit, er zwingt uns zur gegenseitigen Bekämpfung, wo doch das Gegenteil eintreten sollte“. Die Arbeiterbewegung hat in der Weimarer Zeit damit viel bittere Erfahrungen gesammelt. Das kann doch nicht völlig unberücksichtigt bleiben?



Hinzu kommt, dass der bundesdeutsche Kapitalismus sowohl im Innern wie in Europa und International wirtschaftlich und politisch ungleich stärker ist, als das deutsche Kapital nach dem ersten Weltkrieg und zur Zeit von Weimar. Und schon damals gelang es nicht, mit Wirtschaftsdemokratie Genossenschaften, Belegschaftseigentum, Volksaktien usw. Keimzellen sozialistischer Transformation zu entwickeln.

Das alles hängt auch mit einer Kernfrage von essentieller Bedeutung zusammen: mit der Frage der Macht! Die Überwindung des kapitalistischen Systems und die Errichtung einer neuen sozialistischen Gesellschaft ist nicht möglich, ohne die politische Macht zu ergreifen. Die politische Macht jeder herrschenden Klasse organisiert sich als Staatsmacht. Für den Kapitalismus gilt nach wie vor die These aus dem Kommunistischen Manifest: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ Täglich erleben wir, wie „unser“ Staat die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Industrie- und Finanzkapitals sichert und gegen jeden Angriff verteidigt. Notfalls wird dabei auch das Gewaltmonopol des Staates eingesetzt.

Es ist völlig unverständlich, dass diese Grundfrage sowohl in der Transformationsliteratur als auch im Strategiekonzept der beiden Parteivorsitzenden übergangen und ausgeblendet wird. Daher bleibt unerfindlich, wie bei der „doppelten Transformation“ im zweiten Schritt durch Entfaltung von Wirtschaftsdemokratie, Genossenschaften, Belegschaftseigentum, Kommunalpolitik usw. eine Transformation zum Sozialismus erfolgen und ein Transformationspfad beschritten werden kann, ohne dass die Staatsmacht eingreift und die Gefährdung der großkapitalistischen Eigentumsinteressen zu verhindern versucht. Schon bei kapitalismuskritischen und antifaschistischen Aktivitäten, die noch keinesfalls das System bedrohen, wird die Wirksamkeit des Gewaltmonopols des Staates sichtbar.

All das aus den Überlegungen für eine neue strategische Orientierung der Partei auszuklammern, ist nicht nachvollziehbar und kann nicht stillschweigend übergangen werden.

Der letzte Komplex im Transformationskonzept ruft nicht nur Fragen und Zweifel hervor, sondern deutlichen Widerspruch. Es geht um die außenpolitischen und sicherheitspolitischen Vorstellungen. Zunächst fällt auf, dass diese für die Strategie eminent wichtige Problematik im Strategiepapier der beiden Parteivorsitzenden völlig unberücksichtigt bleibt. Das ist deshalb so unverständlich, weil die friedenspolitische Position der Partei ihr entscheidendes Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Parteienlandschaft ist. Dafür wird in anderen relevanten Veröffentlichungen über „Linke Außenpolitik“ wichtiges dazu gesagt. Zusammengefasst lautet die dort vorgeschlagene neue strategische Orientierung: Kein Austritt aus der Nato, für UN – mandatierte Auslandseinsätze jeweils Einzelfallprüfung, Rüstungsexportverbot nur für Kleinwaffen und für Waffenfabriken, Waffenexport nur in sogenannte Nichtkrisengebiete.

Ob ausgesprochen oder als immanente Selbstverständlichkeit angenommen gehört zu solcher Einsatzmöglichkeit eine bestens ausgebildete und trainierte, hochmodern ausgerüstete schlagkräftige Armee mit einer ebenfalls stets auf neuestem technischem Niveau befindliche Rüstungsindustrie im Rücken. Solche Strategie rechtfertigt automatisch ständige Stärkung und Modernisierung der Rüstungsindustrie einschließlich ihrer Exportinteressen. Und wenn bei dieser neuen Strategie Rüstungsexport nur verboten werden soll für Kleinwaffen, Waffenfabriken und in Krisengebiete, so ergeben sich sofort folgende Fragen: 1. Was sind heute Kleinwaffen? 2. Was ist bei der heutigen Arbeitsteilung eine Waffenfabrik? 3. Wer bestimmt, was keine Krisengebiete sind und wohin dann von dort aus die exportierten Rüstungsgüter weitergereicht werden?

Diese Vorstellungen stehen in kategorischem Widerspruch zur friedenspolitischen Position der Partei. Im Programm heißt es: „DIE LINKE kämpft für ... ein Verbot von Rüstungsexporten sowie die Umwandlung von Rüstungsindustrie in zivile Produktion ... DIE LINKE wird niemals einer deutschen Beteiligung an einem Krieg zustimmen“. Und an anderer Stelle: „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt ... werden wir uns nicht beteiligen“. Und noch: „Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, ihr Einsatz im Innern jenseits notwendiger Katastrophenhilfe ist strikt zu untersagen, die Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Innern vorsehen und ermöglichen sind aufzuheben.“ Diese Programmatik würde durch eine Akzeptanz der vorgeschlagenen neuen Transformationsstrategie grundsätzlich ausgehebelt.

Die gleiche Problematik besteht im Hinblick auf die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO. Michael Brie und Dieter Klein schlagen vor: „Solange die NATO noch existiert, könnte die Mitgliedschaft Deutschlands im Bündnis ... ein Kompromiss sein, den DIE LINKE eingeht ...“ Und weiter: „Sicherheitspolitische Realpolitik wird die vertragliche Ausgangsposition anerkennen müssen“. Aber diese vertragliche Ausgangsposition, die der LINKEN als Kompromiss empfohlen wird, sind die Nato – Verträge mit allen Verpflichtungen der Nato - Mitgliedstaaten.

Diese gesamte Problematik erhält erhöhte Aktualität, seit auf der Sicherheitskonferenz in München im Januar 2014 vom Bundespräsidenten und der Verteidigungsministerin eine Wende in der deutschen Sicherheits – und Außenpolitik eingeleitet wurde. Sie besteht in der Forderung nach eindeutiger Verstärkung der deutschen Präsenz in der internationalen Politik, bei der militärischen Regulierung internationaler Konflikte durch entsprechende Einsätze der Bundeswehr im Ausland und durch die dafür erforderliche Ausdehnung modernster Rüstungsproduktion. Hervorhebenswert ist, dass

diese militärpolitische und außenpolitische Wende ausdrücklich unterstützt und mitgetragen wird vom sozialdemokratischen Außenminister.

Linke Politiker, die sich zwecks künftiger Regierungsfähigkeit dieser SPD anzunähern bemüht sind, sollten sich spätestens jetzt fragen, ob dieser von der Bundesregierung einschließlich sozialdemokratischer Fraktion beschrittene Weg von ihnen mitgetragen werden soll.

Demgegenüber heißt es im Parteiprogramm: „Wir fordern die Auflösung der Nato ... „ und auch bei einem Verbleib Deutschlands in der Nato „ ... wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der Nato entzogen wird.“ Das ist das Gegenteil von der transformationspolitischen Forderung nach Anerkennung der Nato – Verträge und ihrer Verpflichtungen. Der Übergang auf eine solche transformationspolitische Strategie würde Wesen und Charakter der Partei weitgehend verändern und sie als bedeutsame friedenspolitische Kraft unglaubwürdig machen.

Auch diese für die Strategie der Partei grundsätzliche Frage ist in dem Konzept der Parteivorsitzenden nicht enthalten.

Es bedarf offensichtlich noch vielem gemeinsamen Nachdenkens und vieler kameradschaftlicher Diskussionen, um die Partei auf die heutigen und künftigen Erfordernisse der Klassenauseinandersetzungen einzustellen. Unbedingt zu gewährleisten ist dabei die Erhaltung und Sicherung von Wesen und Charakter der Partei als konsequent antikapitalistische, friedenspolitische und sozialistische Kraft!

Kommunistische Plattform

in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

## Achtung – Neuerscheinung

**Im Verlag Wiljo Heinen, Berlin und Böklund**

**Herbert Meißner: Gewaltlosigkeit und Klassenkampf**

Erstmals wird hier die Dialektik von Gewaltlosigkeit und Klassenkampf untersucht.

Gilt Marx' These noch, dass Gewalt die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaft ist?

Kann heute politische Machtergreifung gewaltfrei erfolgen?

Welche Bedingungen müssen dafür vorhanden sein?

Wo existieren sie und wo nicht?

Welche historischen Erfahrungen können für die Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen genutzt werden?

Könnte nicht zwischen Gewaltlosigkeit und Gewaltanwendung der Begriff Gewaltarmut sinnvoll sein?

Für weiteres Nachdenken über diese Fragen liegt hier eine neuartige Anregung vor.

(112 Seiten, Preis: 7,50 €, ISBN 978-3-95514-012-0)